

Buchrezensionen

Haustein, Petra: **Geschichte im Dissens** Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR
Leipziger Universitätsverlag 2006; ISBN: 3865831508; 491 S.; EUR 29,00.

Rezensiert von:

Dr. Martina Weyrauch, Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung Potsdam

E-Mail: martina.weyrauch@blzpb.brandenburg.de

Diese Publikation, in der die nach 1990 aufgebrochenen Konflikte um die Neukonzeption der Gedenkstätte Sachsenhausen untersucht werden, ist kein kühles akademisches Unternehmen. Schon die ersten Seiten lassen erahnen, in welchem Dauerkonflikt zwischen dem Respekt vor den Zeitzeugen und der Suche nach Erkenntnis, sich die Autorin während ihrer Untersuchungen befand. Auch der Leser muss sich einer enormen intellektuellen als auch emotionalen Herausforderung stellen. Ist er dazu bereit, wird die Lektüre dieses Werkes zu einer großen Entdeckung.

Seit dem Ende der DDR und den damit einhergehenden zerbröselnden historischen Gewissheiten, wird heftig über Inhalt und Form der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen gestritten. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, die nationalsozialistischen Verbrechen nicht zu relativieren und die stalinistischen nicht zu bagatellisieren. Doch was heißt dieser salomonische Auftrag konkret und wie ist dieser an einem Ort wie Sachsenhausen einzulösen, der von 1936 bis 1945 nationalsozialistisches Konzentrationslager, von 1945 bis 1950 sowjetisches Speziallager und von 1961 bis 1989 Nationale Mahn- und Gedenkstätte der DDR war? Die sich an dieser Frage beständig entzündenden Konflikte zwischen ehemaligen KZ-Häftlingen und stalinistisch Verfolgten werden uns von der Autorin plastisch vor Augen geführt. Die einen befürchten, durch die Aufarbeitung der Speziallageregeschichte würde die Erinnerung an die NS-Verbrechen zurückgedrängt, die anderen fühlen sich als „Opfer zweiter Klasse“ und in ihrer Leidensgeschichte nicht respektiert

Durch den geschickten Aufbau des Buches wird man in umfassender Weise in die Problematik eingeführt.

Das erste Kapitel analysiert die historischen Schichten des Ortes. Während im ersten Abschnitt die Rolle des KZ Sachsenhausen im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager beleuchtet wird, führt der zweite Abschnitt in die Geschichte des Speziallagers Nr.7 innerhalb des Systems der sowjetischen Speziallager auf deutschem Boden ein. Die Entwicklungen und die Funktionen des Lagers werden vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Forschungsstands zur sowjetischen Internierungspraxis und den deutschlandpolitischen Planungen reflektiert. Der dritte Abschnitt dieses Kapitels beschäftigt sich mit den Entwicklungen nach Auflösung des Lagers im Jahr 1950 sowie der Planung und Errichtung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte.

Im zweiten Kapitel, der Analyse der Konflikte von 1989 bis zum Spatenstich für das Museum zur Geschichte des Speziallagers im März 2000, werden Presseberichte, die Diskussionen in den beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages (die

zur „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ 1992-1994 und zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ 1995-1998) sowie die Protokolle der parlamentarischen Debatten über die Gedenkstätte Sachsenhausen im brandenburgischen Landtag einer eingehenden Betrachtung unterzogen.

Das dritte Kapitel ist der Auswertung problemzentrierter narrativer Interviews mit den Vertretern der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers und der des Speziallagers in den Stiftungsbeiräten sowie Verfolgtenverbänden vorbehalten. Darüber hinaus wurden die Entscheidungsträger in den Gedenkstätten und die beratenden Experten in den Kreis der Interviewten mit aufgenommen. Dies zeigt, in besonders einprägsamer Weise, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung der Konflikte über den Umgang mit beiden deutschen Diktaturen längst selbst Teil der Auseinandersetzungen geworden ist.

Leider wurde, wie die Autorin an einigen Stellen bemerkt, ihr eine Einsicht in die Akten des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg zu Forschungszwecken verwehrt. Dieses wissenschaftliche Ansinnen zumindest pflichtgemäß zu prüfen, wäre der gesetzliche Auftrag der Landesregierung und hier insbesondere des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewesen, welches seit dem Inkrafttreten des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) vom 10. März 1998 dazu verpflichtet ist.

Es ist schon bemerkenswert, wieweit der Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen und der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Prof. Günter Morsch mit dem Einräumen eines Einsichtsrechts in die Akten der Gedenkstätte diese Publikation unterstützte. Umso bedauerlicher ist es, dass das mit ihm geführte Interview von ihm nicht autorisiert wurde.

Ausgehend von einer Darstellung der historischen Schichten des Ortes analysiert Hausteins die Auseinandersetzungen seit 1990 anhand eines Konsens-Dissens-Modells. Dieses Verfahren ist methodisch bestechend, weil es dazu zwingt, die emotionale Betroffenheit des Rezipienten zu drosseln und die Aufmerksamkeit auf die Ursachen für Dissens zu lenken. Die unterschiedlichen lebensgeschichtlichen Erfahrungen, politischen Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen der Akteursgruppen werden uns anschaulich demonstriert. Wobei ein besonderes Verdienst der Autorin darin besteht, durch die systematische Analyse der Auseinandersetzungen um die Orte mit so genannter mehrfacher Vergangenheit den vermeintlich ausschließlich neutralen und moderierenden Status von Gedenkstättenexperten und fachwissenschaftlichen Beratern kritisch zu hinterfragen und sie als Teil dieser Akteure zu identifizieren. Sind diese doch, ob gewollt oder nicht, auch Partei in diesem Diskurs geworden.

Aber wie soll man erinnern? Wie wird man in der politischen Bildung seiner Verantwortung gegenüber der Geschichte, gegenüber den Opfern der Diktaturen gerecht und hütet sich gleichzeitig vor Einseitigkeit der Darstellung? Ein oberstes Prinzip der politischen Bildung, das im Beutelsbacher Konsens verankerte Gebot, Kontroversen in der Politik und in der Wissenschaft auch kontrovers darzustellen – gilt dies auch in der *politisch-historischen* Bildung?

Petra Hausteins Herangehen ermutigt zu Perspektivenvielfalt als wesentliches methodisches Instrumentarium gerade auch in der politisch-historischen Bildung. Die Studie leistet hier wesentliche Vorarbeit und gibt wesentliche Anhaltspunkte, wie

Begegnungen mit Zeitzeugen mit unterschiedlichsten Verfolgungsschicksalen vorzubereiten sind. Die Publikation ist ein eindeutiges Plädoyer, Meinungsvielfalt und Pluralismus zuzulassen und auszuhalten. Wie schwer dies zu meistern ist, welche enormen Anstrengungen dies allen Beteiligten abverlangt, wird nicht zuletzt durch das Verhalten der Akteure zu dieser Publikation demonstriert.

Besonders wertvoll an der Arbeit Hausteins empfinde ich das Aufwerfen nicht selten tabuisierter weil verstörender Fragen nach der Empathie von uns Nachgeborenen mit Menschen, die uns politisch unter Umständen fern stehen und die wir in der Vergangenheitsaufarbeitung bisher vor allem als Mitläufer des Nationalsozialismus wahrgenommen haben. Hier bricht sie bewusst mit den gedanklichen Stereotypen des Kalten Krieges und zwingt uns, den Blick für begriffliche Definitionen zu schärfen. Die Frage, mit welchen Deutungen von Begriffen wie „Verbrechen“, „Unrecht“, „Mitläufertum“, „Schuld“ und „Verantwortung“ welche Interessen einhergehen, ist auch für die politische Bildung fruchtbar zu machen.

Die Publikation macht anhand vieler konkreter Beispiele auf geradezu beklemmende Weise deutlich, wie sehr dem staatsoffiziellen Antifaschismus der DDR stalinistische Verbrechen inhärent waren. Die Dekonstruktion des antifaschistischen Gründungsmythos als Gegenbewegung zu Ostalgie und Geschichtsklitterung wird uns eindrücklich vor Augen geführt. Haustein macht Mut zu der Einsicht, dass das Leiden in Lagern nicht moralisch erhöht oder die Betroffenen gar unbedingt zu Demokraten werden lässt. In diesen Zusammenhang fällt nicht zuletzt die Thematisierung von Verantwortung und Mitschuld von nationalsozialistisch verfolgten Kommunisten an der Durchsetzung der zweiten deutschen Diktatur.

Die detaillierte Analyse der Auseinandersetzung um ein angemessenes Gedenken zeigt auf, wie schwer es den deutschen Nachgeborenen in der Mehrheit zu fallen scheint, NS-Verfolgten zu widersprechen. Hier zeigt sich der insbesondere in Ostdeutschland nie gelernte, für die politisch-historische Bildung aber umso wichtigere Unterschied zwischen dem ehrenden Gedenken und der politisch-historischen Aufklärung besonders eklatant.

Es gehört zu den Stärken dieser Arbeit, dieses schwierige Spannungsverhältnis von wissenschaftlicher Forschung in all ihrer Kontroversität und Gedenken in Gedenkstätten anhand vieler eindrücklicher Beispiele auf den Punkt gebracht zu haben. Welch schwieriges und ans Mark jedes Akteurs gehendes Unterfangen dies darstellt, wird hier nicht verschwiegen.

Ziel politischer Bildung, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland verstehen, sind Bürger, die sich in einer zunehmend komplexen Welt zurechtfinden, politisch aktiv und kritisch, aber auch selbstkritisch ihre Interessen formulieren und mit demokratischen Mitteln verfolgen. Selbständiges Lernen und eigenständige Urteilsbildung, Kooperations- und Konsensbereitschaft gepaart mit Konfliktfähigkeit, die gewaltfreie Problemlösungen ermöglicht, das Ertragen von Widersprüchen und Kompromissvermögen sollen gefördert werden. Über Wissensvermittlung soll demokratische Kompetenz als Fähigkeit und Bereitschaft geschaffen werden, verständigungsorientiert zu handeln, weil man andere Interessen als legitim anerkennt, obschon man die eigenen durchsetzen will.

Es geht uns nicht um „die richtige Meinung“, so verlockend dies auch in der politisch-historischen Bildung sein mag. Bewertungen „falsch“ und „richtig“ sind im Bereich

der politischen Bildung nur selten anwendbar. Politische Bildung macht viel mehr vorhandene kontroverse politische und gesellschaftliche Positionen deutlich und vermittelt jenes Wahrnehmungsvermögen, das zum Denken in politischen Alternativen befähigt.

Durch die vorliegende Publikation werden alle an diesem Prozess Beteiligte zur Anerkennung von Differenz als Teil der politischen Kultur im heutigen Deutschland ermutigt. Gleichzeitig warnt sie uns Nachgeborene davor, uns als Ankläger und Richter aufzuspielen. Vielmehr werden wir eindringlich gemahnt zu berücksichtigen, was die Zeitzeugen damals durchschauen und erahnen konnten und was sich ihrer damaligen Perspektive entzog.

Damit, so ist dem Leipziger Universitätsverlag zuzustimmen, gewinnt die Studie den Rang eines Meilensteins in den Untersuchungen zum Umgang mit der Vergangenheit, deren Nachwirkungen ihre prägende Kraft in der Gegenwart noch längst nicht verloren haben.